

Verabschiedet am 22. Juni 2020 durch den Parteivorstand der FDP. Die Liberalen

COVID-19: Lösungen für eine widerstandsfähige Wirtschaft

Gemeinsam weiterkommen

Unternehmen sollen in diesem Land Arbeitsplätze schaffen wollen und können. Während bei wirtschaftlichem Aufschwung Mängel des Wirtschaftssystems hinderlich, aber nicht ausschlaggebend für den gesamtwirtschaftlichen Erfolg sind, verstärken sich diese in einer Krise zu einem wahren Risiko für unseren Wohlstand. Die Corona-Krise legt erbarmungslos die wirtschaftspolitischen Schwächen offen, welche die Schweiz angehen muss. Darum präsentiert die FDP diverse Ansätze, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern.

1. Herausforderungen

- › Die Konjunkturprognosen sind düster. Während den behördlichen Massnahmen mussten und müssen viele Betriebe ihre wirtschaftliche Tätigkeit einstellen oder reduzieren. Der private Konsum ging zurück.
- › Protektionistische Tendenzen haben bereits vor der Corona-Krise den internationalen Handel bedroht, nun kommen noch zusätzliche Handelshemmnisse und Lieferengpässe hinzu. Es ist nicht klar, wann sich der internationale Handel wieder normalisiert.
- › Viele Firmen sind von Liquiditätsengpässen betroffen und können nicht zukunftsgerichtet investieren. Dadurch leidet Forschung und Innovation, was langfristig die wirtschaftliche Entwicklung bremst.
- › Aufgrund der Corona-Krise wurden unterschiedliche staatlichen Massnahmen eingeführt, welche nun schrittweise wieder zurückgefahren werden. Trotz dem Rückgang zur Normalität ist mit diversen Konkursen zu rechnen.

2. Bisherige parlamentarische Interventionen

- › Der Aufbau von Eigenkapital soll staatlich gefördert werden, da es Firmen gerade in Zeiten von Krisen widerstandsfähiger macht. Daher fordern wir den Ausbau des Abzugs für Eigenfinanzierung.
- › Mit einer Motion fordern wir, die Bedingungen an die Eigenmittelbeteiligung bei Innovationsprojekten für KMU aufgrund von COVID-19 zu lockern, damit Forschung und Entwicklung nicht zum Stillstand kommen.
- › Der Staat darf nicht unfair in einen Wettbewerb gegenüber Privaten treten. Trotz diverser dahingehender Forderungen der FDP hatten wir bisher noch keinen Erfolg.
- › Die FDP fordert, dass der Bundesrat eine langfristige Steuerstrategie im Interesse der Schweiz ausarbeitet. Die Schweiz muss jeweils vorausschauend die steuerlichen Bedingungen in der Schweiz so setzen, dass Firmen in der Schweiz bleiben wollen.
- › Unsere Forderung nach einer Regulierungsbremse wird im momentanen Umfeld noch wichtiger und sollte daher vom Bundesrat so rasch wie möglich umgesetzt werden.

- › Regulierungskosten müssen von einer unabhängigen Stelle transparent aufgezeigt werden. Dies ist angesichts der wirtschaftlichen Krise noch dringlicher geworden. Leider setzt der Bundesrat unsere Motion bisher nicht wortgetreu um.
- › Stempelsteuern sind international unüblich und bedeuten Kosten, welche zulasten von Arbeitsplätzen gehen. Es wird gar der Aufbau von Eigenkapital besteuert, obwohl gerade dieses Firmen in der Krise robuster machen würde. Wir fordern seit längerem den schrittweisen Abbau dieser Abgaben.

3. Unsere mittel- & langfristigen Forderungen

- › **Eigenkapitalbasis der Firmen stärken:** Emissionsabgabe für Eigenkapital abschaffen und Zinsabzug für Eigenfinanzierung auch auf Bundesebene zulassen. Der Aufbau einer soliden Eigenfinanzierungsbasis der Unternehmen darf nichts im Weg stehen. Kurzfristig soll die Ausnahme zur Erhebung der Emissionsabgabe im Sanierungsfall ausgeweitet werden auf Verluste.
- › **Bildung von Krisenreserven fördern:** Es soll geprüft werden, ob die Schaffung von liquiden Reserven für Krisenzeiten steuerlich begünstigt werden kann. Dies würde die eigene Widerstandsfähigkeit von Unternehmen stärken.
- › **Steuerliche Bedingungen, welche sich für die Schweiz lohnen:** Eine Verrechnungsreform muss es Unternehmen ermöglichen, ihre Finanzierung wieder aus der Schweiz heraus zu organisieren. Schrittweise gehören alle international unüblichen Stempelabgaben abgeschafft.
- › **Mehr Spielraum für das Unternehmertum:** Die staatlichen COVID-Massnahmen müssen schrittweise wieder abgebaut werden und gleichzeitig muss die Wirtschaft so gestärkt werden, dass sie wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Dazu gehört auch unsere langjährige Forderung, dass sich der Staat aus unfairem Wettbewerb mit Privaten zurückzieht. Statt weiteren Kredit- und Hilfspaketen soll die Steuer- und Abgabenlast gesenkt werden.
- › **Individuelle statt pauschaler Lösungen:** Gerade auch in einer Krise sind lokale und private Lösungen oft passender auf den Einzelfall zugeschnitten als pauschale, bundesstaatliche Regulierungen. Den Kantonen und der Vertragsfreiheit ist daher Platz einzuräumen, um Probleme zu lösen. So müssten beispielsweise Mietausfälle kantonal oder zwischen den Vertragspartnern gelöst werden. Letzteres würde einen unzulässigen Eingriff in die Eigentumsrechte verhindern.
- › **Internationalen Handel ermöglichen:** Die Schweiz als Exportnation mit relativ kleinem Binnenmarkt braucht offene Grenzen und stabile Handelsbeziehungen. Wir stehen daher seit jeher ein für die Wahrung des bilateralen Weges mit der EU und für Freihandelsabkommen im Interesse der Schweiz. Die Abschaffung der Industriezölle und der technischen Handelshemmnisse wird noch dringlicher, damit unsere Firmen wieder verstärkt importieren und exportieren können.
- › **Innovation fördern:** Speziell in Krisenzeiten fließen in Unternehmen notgedrungen weniger Mittel in Forschung und Entwicklung. Damit es mittel- und langfristig nicht zu einem Innovationsrückstand kommt, muss Forschung und Innovation in den Firmen verstärkt gefördert werden. Der Innovationsschub, welcher Corona in gewissen Branchen und Firmen ausgelöst hat, muss verstärkt und auch in Zukunft genutzt werden.
- › **Firmen von Regulierung befreien:** In verschiedenen Bereichen muss ein zeitweiser Regulierungsstopp eingeführt werden, damit Unternehmen in dieser schwierigen Zeit nicht noch zusätzlich belastet werden. Gleichzeitig soll eine Aufgabenüberprüfung beim Bund Potential für Regulierungsabbau aufzeigen. Die öffentliche Verwaltung hat sich zudem serviceorientierter und digitaler zu zeigen.
- › **Investitionen der öffentlichen Hand:** Notwendige und geplante Investitionen der öffentlichen Hand sind auf jeden Fall zu tätigen und wenn möglich vorzuziehen. Damit kommen private Unternehmen zu Aufträgen, welche dringend benötigt werden und über zeitweise Engpässe hinweghelfen können. Schweizer KMU sollen zudem mit Know-how unterstützt werden beim Zugang zu Infrastrukturgrossprojekten.

- › **Temporäre Flexibilisierung von Regulierungen:** Dies umfasst unter anderem eine Ausdehnung Ladenöffnungszeiten, Aufhebung Nachfahrverbot und Verlängerung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit um 4 Stunden. Dies erlaubt es Firmen gewisse Einnahmeausfälle wieder wettzumachen und erleichtert gleichzeitig die coronabedingten Abstandsregelungen einzuhalten.
- › **Schuldenbremse bewahren und Schulden abbauen:** Eine widerstandsfähige Wirtschaft braucht einen stabilen Finanzhaushalt im Rücken. Die bewährte Schuldenbremse, welche uns in dieser Krise viel Spielraum ermöglicht hat, muss bewahrt werden. Gleichzeitig braucht es einen Schuldenabbauplan, damit wir zukünftigen Generationen keinen Schuldenberg oder erhöhte Steuerlast hinterlassen. Es soll geprüft werden, ob zumindest ein Teil der zwischen EFD und SNB vereinbarten Gewinnausschüttung zuhanden des Bundes für den Schuldenabbau verwendet werden könnte. Wir fordern nun umso dringlicher, dass der Anteil der gebundenen Ausgaben reduziert wird, damit bei Entlastungsmassnahmen nicht einseitig die ungebundenen Ausgaben unter Druck geraten.